

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Nr. 1621.1

Voranschlag 2002

Bericht und Antrag der Informatiktechnologiekommission vom 28. November 2001

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Namens und im Auftrag der Informatiktechnologiekommission (ITK) des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug erstatte ich Ihnen in obenerwähnter Sache bzw. Angelegenheit gemäss § 20 GSO nachfolgenden Bericht:

1. Ausgangslage

Die Informatiktechnologiekommission (ITK) hat sich an Ihrer Sitzung vom 24. Oktober 2001 eingehend mit der Informatikstrategie des Stadtrates auseinander gesetzt. Das Fehlen einer solchen Strategie wurde im Kommissionbericht vor einem Jahr bemängelt und deren rechtzeitige Erarbeitung und Verabschiedung auf den Voranschlag 2002 hin von der ITK verlangt und vom Stadtrat in Aussicht gestellt. Leider musste die Kommission nun feststellen, dass eine solche Strategie immer noch nicht vorliegt. Zwar wurden die für die ISO-Zertifizierung notwendigen Dokumente bezüglich Abläufen und Sicherstellung eines reibungslosen Betriebes von der IT erstellt, vom Stadtrat abgesegnet und durch die erfolgreiche Zertifizierung validiert. Dies hat die ITK am 24.10.2001 anerkannt und begrüsst.

Von einer Strategie, welche aufzeigen würde, wie und mit welchen grösseren Projekten die stadträtlichen Ziele IT-mässig umgesetzt werden sollen und müssen, ist allerdings bisher wenig zu sehen. Die Kommission konnte sich auch nicht des Eindruckes erwehren, dass die Kündigung des derzeitigen Leiters der Informatik, Christoph Krieg, nicht völlig losgelöst von diesem Manko zu sein scheint. Mit Besorgnis wurde an der gleichen Sitzung zudem zur Kenntnis genommen, dass die beiden im Kommissionsbericht vor einem Jahr schon erwähnten strategischen Informatikprojekte zur Einführung einer Geschäftsfallkontrolle und Einführung eines Dokumentenmanagementsystems im ersten Fall bestenfalls als suboptimal umgesetzt beurteilt werden kann und im zweiten Fall de facto zurzeit auf Eis gelegt ist.

In das sich uns bietende Bild passte schliesslich das Fehlen der Erarbeitung einer Informatikstrategie bei den Departementszielen im Voranschlag 2002.

Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, dass der Stadtrat seine übergeordnete Führungsfunktion in dieser Sache nicht genügend wahrnimmt. Die ITK wird an einer

Klausursitzung am 17.12. 2001 darüber beraten, wie und mit welchen Mitteln sie in dieser Situation reagieren will.

Schon jetzt kann aber gesagt werden, dass wir im Voranschlag 2003 das Informatikbudget zur Aussetzung beantragen werden, wenn bis dann keine befriedigende Informatikstrategie mit entsprechender Projektplanung vorliegen wird.

Die im letztjährigen Bericht angekündigte separate Kostenstelle „schulische Informatik“ wird vorderhand nicht eingeführt, da sich aufgrund der internen Verflechtung von kantonal subventionierten Ausgabenposten eine solche Kontierung schwierig gestalten würde. Zudem ist der zuständige Chefbeamte im Schulamt aus Datenschutzgründen nicht bereit, einen Budgetposten mit nur einem Angestellten separat zu budgetieren, weil dann direkter Rückschluss auf den Lohn des Betreffenden genommen werden könne. Dass diesbezüglich offenbar von Departement zu Departement unterschiedliche Richtlinien herrschen (es lassen sich im Voranschlag verschiedenen Budgetposten finden, welche sich auf eine einzige Stelle beziehen), hat die ITK mit etwelcher Verwunderung zur Kenntnis genommen. Ebenso weckte die mehrmalige vorgängige Zusicherung des Stadtrates auf eine separate Kontierung, welche nachher zurückgezogen werden musste, Zweifel an der internen Kommunikation.

Wie auch immer – die ITK hat die Begründungen zur Kenntnis genommen und den Verzicht auf eine separate Kontierung der schulischen Informatik vorläufig akzeptiert. Mitspielt bei dieser wohlwollenden Entscheidung hat sicherlich auch der positive Eindruck, den die schulische Informatik anlässlich eines Lokaltermins im Frühling bei der ITK hinterlassen hat.

2. Ablauf der Kommissionsarbeit

Die ITK behandelte den Voranschlag 2002 an Ihrer Sitzung vom 14. November in Dreierbesetzung aufgrund der ihr rechtzeitig vorliegenden Detailzahlen der Kostenstelle 114 / Informatik und 109 / Internet sowie des detaillierten Auszuges der Budgetzahlen der schulischen Informatik sowie in Anwesenheit von Stadtpräsident Christoph Luchsinger, Stadtrat Hans Christen, IT-Leiter Christoph Krieg, Leiter Schulinformatik Nicolas Betschart, und Leiter Schuladministration Markus Vanza.

Eintreten auf den Voranschlag war unbestritten. Nach längerer Diskussion beschliesst die Kommission einstimmig, dem Gemeinderat den Voranschlag 2002 bezüglich Informatikausgaben mit zwei Änderungen zuzustimmen.

3. Wichtigste Diskussionspunkte und Erwägungen der Kommission

Einleitend verweist Stadtrat Hans Christen darauf, dass die Informatik-Steuerungskommission (ISK) das Rohbudget 2002 der Kostenstelle Informatik durchberaten und dieses dabei um ca. Fr. 200'000 (entspricht ca. 10% des gesamten IT-Budgets) gekürzt hat. So werden die PCs nur mehr alle vier Jahre gesamthaft ersetzt. Im Budget-Jahr 2002

werden somit keine PC-Arbeitsplätze erneuert/ausgewechselt. Weiter ist die Ausbildungsplanung für die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter redimensioniert worden.

Für das auslaufende Jahr 2001 sind durchschnittlich 1.25 Ausbildungstage pro Mitarbeiterin/Mitarbeiter geplant gewesen. Diese konnten aber nicht breitflächig eingehalten werden, sodass sich eine Anpassung der Ausbildungsplanung für das Jahr 2002 aufgedrängt hat, was sich in der Budgetkürzung niedergeschlagen hat. Auf Nachfrage hin bezeichnet Stadtpräsident Luchsinger die Schulungsbereitschaft des Personals als hoch. Hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen persönlicher Arbeitsproduktivität und Schulungsniveau im Umgang mit den Informatikmitteln besteht seitens der Verwaltung keine Einschätzung über den derzeitigen Stand.

Departementsziele

Hier moniert die Kommission das Fehlen der Erarbeitung einer Informatikstrategie. Stadtpräsident Luchsinger konzediert das Manko und hält fest, dass dies Bestandteil der Departementsziele des Präsidialdepartementes sein sollte.

Zu Reden gab die unbefriedigende Situation bei der bestehenden Software für Kostenrechnung und Anlagenbuchhaltung, welche den Anforderungen seit längerem nicht mehr gerecht wird. Eine Anpassung des eingesetzten ISOV-Finanzpaketes würde enorme Finanzmittel verschlingen, weshalb sich die Evaluation eines neuzeitlichen Systems aufdrängt. Unter anderem moniert das Finanzdepartement, dass keine Anlagebuchhaltung und kein zentrales Inventar geführt werden können.

Die Kommission unterstützt das Vorgehen des Stadtrates, mit anderen interessierten Gemeinden gemeinsam und partnerschaftlich den Stand der Dinge festzustellen, um so anschliessend das weitere Vorgehen bestimmen zu können. Die bestehende SW-Lösung ist beim Kanton geleast, der Vertrag kann jährlich gekündigt werden. Die ITK befürwortet mit Nachdruck, in dieser Sache vorwärts zu machen.

Einzelne Budgetposten

Seite 20, Laufende Rechnung, 1 Präsidialdepartement

Zu Konto 114/301.01, Löhne hauptamtliches Personal

Die Erhöhung der Gehälter des IT-Teams wird mit einer zusätzlichen Stelle begründet. Der ITK liegt die detaillierte Begründung für die zusätzliche Stelle vor. Sie unterstützt deren Schaffung ausdrücklich.

Zu Konto 114/311.02, Neuanschaffung, Ausbauten

Unter diesem Budgetposten läuft als grösster Einzelposten (ersichtlich aus der Detailaufstellung, welche der ITK vorliegt) die Beschaffung einer Immobilien-Management-Software für Fr. 80'000.--. Nähere Abklärungen der ITK haben ergeben, dass dieser Betrag ohne Konsultation und Mitsprache der städtischen Informatik und aufgrund von unvollständigen Vorabklärungen bezüglich Kosten in das Budget aufgenommen wurde. Zudem erscheint uns der Betrag als hoch.

Die ITK beantragt, das Konto 114/311.02 um Fr. 80'000.-- zu kürzen und macht dem Stadtrat beliebt, dem GGR falls nötig eine Vorlage diesbezüglich zu präsentieren.

Seite 53, Investitionsrechnung, 2 Finanzdepartement

Zu Konto 561./07, Telefonvermittlungsanlage Kanton

Auf Nachfrage hin stellt sich heraus, dass der vorgesehene Investitionsbetrag von Fr. 500'000.-- entfällt, da der Regierungsrat den ursprünglich für 2002 vorgesehenen Ersatz der bestehenden durch eine leistungsfähigere Telefonanlage mit Kosten von ca. Fr. 1,8 Mio. in 2. Lesung aus dem Budget gestrichen hat.

Hintergrund ist die von der kantonalen und städtischen Verwaltung gemeinsam betriebene Telefonzentrale im Regierungsgebäude. Dieser gemeinsame Betrieb wird durch einen entsprechenden Vertrag zwischen dem Kanton und der Stadt Zug geregelt. Grundsätzlich kann die Aufgabenteilung beim Betrieb kurz so zusammengefasst werden: Der Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationsanlagen wird von Kanton wahrgenommen. Die erbrachten Dienstleistungen werden der Stadtverwaltung in Rechnung gestellt. Die Ansprüche an die eingesetzte Telekommunikationstechnologie nimmt namentlich im Bereich der Informatik stetig zu, sodass der städtische Anteil für die Ablösung mit Fr. 500'000.-- angesetzt wurde. Nachdem der Kanton den Ersatz nun aufschiebt, plant die Stadt für 2002 die Durchführung eines Vorprojektes (Vorbereitung für die Evaluation). Dies liegt in der Budgetkompetenz des Stadtrates.

Die Bedürfnisse der Stadtverwaltung an die Telefonvermittlungsanlage sind aus technologischer Sicht gut abgedeckt. Hingegen ist die von der Telefonzentrale geleistete Dienstleistung in Bezug auf die Kundenfreundlichkeit zur Zeit nicht optimal. Ein grosser Pluspunkt der gemeinsamen Lösung ist die sehr gute Dienstleistung im Bereich der internen Telefonie zwischen kantonaler und städtischer Verwaltung. Da eine nicht unbedeutende Zahl von Telefonaten zwischen diesen beiden Verwaltungen geführt werden, fällt ins Gewicht, dass für solche Telefonate keine Verbindungskosten anfallen.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Stadtladens stellt der Stadtrat dennoch Überlegungen im Zusammenhang mit der Möglichkeit des Betriebs einer eigenen Telefonzentrale an.

Angesichts der Sachlage beantragt die ITK, den Budgetposten 561.07 ersatzlos zu streichen.

Schulische Informatik

Konto 315/318, Betriebskosten Informatik

Hier geben u.a. die Kosten für die Erschliessung der Schulhäuser im Projekt „Schulen ans Netz“ zu reden. Mit Befriedigung stellt die Kommission fest, dass dank der Wettbewerbssituation zwischen den Wasserwerken Zug und der Swisscom sehr günstige Konditionen erreicht werden konnten. Das Bildungsdepartement hat sich aufgrund des Offertervergleichs für das Angebot des Wasserwerkes entschieden, das auch den bisher schon bestehenden Internetzugang für die Schulen erbringt. Es ist ein Vertrag für alle 11 Schulhäuser (500 PCs) für 2-Megabit-Leitungen abgeschlossen. Die monatlichen Gebühren betragen Fr. 650.--.

Dieser Vertrag ist auf 6 Monate kündbar, sodass die Option, zu einem späteren Zeitpunkt zur Swisscom wechseln zu können, gegeben ist. Der Swisscom ist vom Bildungsdepartement schriftlich mitgeteilt worden, dass trotz des Zuschlagsentscheids an die WWZ das Interesse an ihrem Angebot für die Zukunft weiterhin besteht.

4. Zusammenfassung

Die ITK empfiehlt dem Grossen Gemeinderat, dem Voranschlag 2002 inbezug auf Informatik und Telekommunikationsausgaben mit den nachstehenden beiden Änderungen zuzustimmen.

5. Antrag

Die Informatiktechnologiekommission beantragt Ihnen

- auf die Vorlage einzutreten;
- in der laufenden Rechnung das Konto 114/311.02 um Fr. 80'000 auf Fr. 465'050 zu kürzen und
- in der Investitionsrechnung den Budgetposten 561.07 ersatzlos zu streichen.

Zug, den 3. Dezember 2001

Für die Informatiktechnologiekommission
Martin Stuber, Präsident